

Nr. 13/07 vom 12.12.2007

Die Aluminiumindustrie im Spannungsfeld weltweiter Märkte und regionaler Energieversorgung

Berlin. Die Situation der Aluminiumindustrie in Deutschland stellte Irmtraud Pawlik, Sprecherin der Geschäftsführung der Hydro Aluminium Deutschland GmbH beim Internationalen Energiedialog des Forum für Zukunftsenergien dar. Ihre Ausführungen zu den Schwierigkeiten, unter nationalen Rahmenbedingungen zu produzieren und gleichzeitig im weltweiten Markt zu bestehen, wurden im anschließenden Gespräch mit Dr. Michael Meister (stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) und Dr. Eberhard Meller (Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft) vertieft.

Frau Pawlik skizzierte die Situation der Aluminiumindustrie weltweit und hob hervor, dass der weltweite Aluminiumbedarf jährlich um ca. 4-5 % wächst. In diesem Wachstumsmarkt habe Europa und insbesondere Deutschland mit hohen Strompreisen zu kämpfen und trage als einziger CO₂-Kosten. Auch die europäische Primäraluminiumproduktion von Hydro Aluminium sei durch hohe Strompreise gefährdet.

Ca. 40 % der Gesamtproduktionskosten entfielen bei der Aluminiumherstellung auf den Strom, obwohl in den letzten Jahren die Energieeffizienz, ähnlich wie die Umweltbilanz, entscheidend verbessert worden sei. Die Stromkosten bestimmten damit maßgeblich die Wettbewerbsfähigkeit der Aluminiumindustrie und seien ein Faktor bei der Wahl des Aluminiumproduktionsstandorts. Deutschland sei deshalb für die Primäraluminiumproduktion nicht mehr attraktiv.

Die Konsequenzen könnten die Schließung von ökologisch nachhaltigen und energieeffizienten Standorten in Deutschland; die Verluste von Arbeitsplätzen, Technologiekompetenz sowie Synergien und schließlich die Verlagerung in Nicht-Kyoto-Länder und somit eine globale Verlagerung der Emissionen ohne klimapolitischen Effekt sein.

Frau Pawlik führte die hohen Strompreise auf den Emissionshandel, die Erneuerbaren Energien und den nicht funktionierenden Strommarkt zurück.

Bezüglich des Emissionshandels forderte Frau Pawlik ein Verbot der Einpreisung kostenlos zugeteilter CO₂-Zertifikate, insbesondere gegenüber der energieintensiven Industrie bzw. ein entsprechendes Entgegenkommen der Energieversorgungsunternehmen. Dr. Meister bezweifelte, dass eine solche Änderung auf der Kostenseite durch die Politik automatisch auch zu veränderten Marktpreisen führe. Herr Dr. Meller verteidigte die Praxis der Energieversorgungsunternehmen als betriebswirtschaftlich geboten. Für Dr. Meister und Dr. Meller müsste es

vielmehr das Ziel sein, den CO2-Zertifikatehandel global weiter auszudehnen und so gleiche Bedingungen zu schaffen. Beide plädierten außerdem dafür, die Einnahmen einer möglichen Auktionierung zur Minderung der Steuern und Abgaben einzusetzen, die der Staat in den Strompreis implementiert.

Im Falle einer Fortführung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG), sprach sich Frau Pawlik für einen Erhalt bzw. Weiterentwicklung der Härtefallregelung zur Sicherung der energieintensiven Industrie in Deutschland aus. Das EEG solle in ein marktwirtschaftliches System mit Effizienzregelungen und kurzfristiger, stufenweiser Rückführung der Garantieprieße übergeführt werden. Wichtig sei im Zusammenhang mit dem EEG die Frage der Grundlast.

Letzterem stimmten Dr. Meister und Dr. Meller zu. Dr. Meister plädierte für eine Prämierung des grundlastfähigen Stroms gegenüber dem, der nicht grundlastfähig ist im Rahmen des EEG. Dr. Meller verwies darauf, dass dieser Vorschlag bereits früher vom damaligen VDEW unterbreitet worden sei. Dr. Meister bekannte sich im Zusammenhang mit der Frage der Grundlast außerdem zur Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken sowie zu CO2-armen Kohlekraftwerken. Er beklagte den Umstand, dass wirtschaftliche Zusammenhänge von der Gesellschaft nicht wahrgenommen werden würden, wie insbesondere das Beispiel Ensdorf zeige.

Nach Ansicht von Frau Pawlik ist der deutsche Strommarkt nicht vollständig liberalisiert, dieses sei zu korrigieren. Dr. Meller und Dr. Meister stimmten zu. Neben mehr Wettbewerb sei außerdem eine größere Liquidität, also Zubau an grundlastfähigen Kraftwerken erforderlich. Außerdem – so Frau Pawlik sei der europäische Wettbewerb verzerrt, z.B. durch spezielle Stromtarife für energieintensive Industrien in Italien, Spanien und Frankreich. Auch Dr. Meister forderte einen europäischen Binnenmarkt der technisch und wirtschaftlich funktioniere.

Die Präsentation von Frau Pawlik steht demnächst auf der Homepage des Forum für Zukunftsenergien zum Download für Sie bereit.

Der nächste Internationale Energiedialog des Forum für Zukunftsenergien findet am 21. Januar 2008 zum Thema „Auktionierung von CO2-Emissionshandelszertifikaten - Ansatzpunkte aus der Versteigerung von Strommengen?“ statt.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationale und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Der Verband hat ca. 200 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Kontakt:

Katja Freitag
Referentin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Stralauer Platz 33-34
10243 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de